



Gemeinsamer Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, SPD und FREIE WÄHLER

Fernwald, 9. März 2022

Solidarität mit der Ukraine – Demokratie und Frieden
gegen Angriffe schützen – Fernwald als Sicherer Hafen

Die Gemeindevertretung möge beschließen:

Die Gemeindevertretung verurteilt den völkerrechtswidrigen militärischen Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine als einen eklatanten Bruch des Völkerrechts, der im deutlichen Widerspruch zur Charta der Vereinten Nationen, der Schlussakte der OSZE, der Satzung des Europarates und der Europäischen Menschenrechtskonvention steht. Mit dem Angriff auf die Ukraine bricht Russland die elementarsten Regeln der internationalen Ordnung. Es ist ein Angriff auf Demokratie und Freiheit. Das ist eine dunkle Stunde für Europa und alles, wofür es steht.

Die Gemeindevertretung appelliert an die politisch Verantwortlichen der Russischen Föderation, die Feindseligkeiten unverzüglich und bedingungslos zu beenden, die Streitkräfte aus dem Territorium der Ukraine zurückzuziehen, die Integrität der ukrainischen Grenzen zu achten, und zur Diplomatie zurückzukehren, um so den Frieden wiederherzustellen und weitere katastrophale Folgen für den ganzen Kontinent zu vermeiden.

Frieden ist und bleibt das wertvollste Gut. Als Teil Europas ist es auch in Fernwald unsere Verantwortung, den Frieden in Europa zu bewahren. Ein Angriffskrieg ist eine Bedrohung für die internationale Friedensordnung und für das friedliche Zusammenleben in Europa, Deutschland und auch für uns hier in Fernwald. Die Gemeindevertretung Fernwald dankt deshalb allen, die in den vergangenen Wochen überparteiliche Friedensdemonstrationen

organisiert haben und lobt besonders den Mut der Demonstrant:innen in Russland, die zeigen, dass es auch dort Widerstand gegen den Angriffskrieg gibt.

Die Gemeindevertretung betont ihre Solidarität mit der Ukraine, den angegriffenen ukrainischen Städten und der gesamten ukrainischen Zivilbevölkerung in diesen schweren Stunden. Die Ukraine ist als souveräner Staat integraler Bestandteil Europas. Dies gilt ebenso für die angrenzenden demokratischen Nachbarstaaten und für die Staaten des Baltikums, deren Ängste wir verstehen und ihnen unsere Solidarität zusichern.

Die Gemeinde Fernwald wird Mitglied im Bündnis Sicherer Häfen und signalisiert damit die Bereitschaft zur Aufnahme von flüchtenden und geflüchteten Menschen. Dies gilt derzeit insbesondere für Menschen aus der Ukraine, die vor dem Krieg und Lebensgefahren durch militärische Angriffe von Russland vor drohenden und bereits geschehenen Verbrechen, Menschenrechtsverstößen sowie vor Unterdrückung fliehen.

Die Gemeindevertretung appelliert an Bundes- und Landesregierung, alles dafür zu tun, dass diese Menschen den Gefahren für ihr Leben und ihre Unversehrtheit durch bewaffnete Angriffe Russlands und einer etwaigen russischen Besatzung entkommen können. Sie fordert den Gemeindevorstand auf, **gegenüber Bundes- und Landesregierung, sowie dem Landkreis darzustellen, dass die Gemeinde Fernwald bereit ist zusätzlich Menschen, die deshalb aus der Ukraine fliehen, aufzunehmen und alle Kräfte daran setzen wird, diesen Menschen ein sicheres Umfeld zu bieten und ein kommunales Ankommen zu gewährleisten.**

Der Gemeindevorstand wird beauftragt unverzüglich Möglichkeiten für die Unterbringung in Fernwald zu prüfen und ggf. neue bereitzustellen.

Sie erklärt ihre Verständnis und ihre Unterstützung für die Menschen aus der Ukraine, die in unserer Gemeinde leben und in großer Sorge um ihre Familien und Freund:innen in der Ukraine sind.

Begründung:

Die aktuellen Geschehnisse der bewaffneten Angriffe auf die Ukraine durch die Russische Föderation lassen wohl niemand unberührt und lösen in Deutschland und auch in Fernwald große Unsicherheit und Ängste vor einem Ausbreiten von kriegerischen Auseinandersetzungen in Europa aus. Auch in Fernwald sind Menschen in großer Sorge um ihre Angehörigen und Freunde in der Ukraine. Wir stehen an ihrer Seite. Die Bevölkerung ist vom Krieg am meisten betroffen und Menschenleben dürfen nicht weiter durch Russland für nationalstaatliche Interessen gefährdet werden. Wir wollen unsere Bereitschaft erklären, Menschen aus der Ukraine, die vor diesen militärischen Angriffen flüchten wollen und müssen, in unserer Gemeinde aufzunehmen und für sie zu sorgen.

Die Angriffe der Russischen Föderation auf das Staatsgebiet der Ukraine verletzen elementare und fundamentale Völkerrechtsregeln, an die Russland als Mitglied der Vereinten Nationen gebunden ist. Die Angriffe verstoßen gegen das Gewaltverbot und das Interventionsverbot und sind nicht zu rechtfertigen. Russland muss sich bei bewaffneten Auseinandersetzungen an geltendes humanitäres Völkerrecht halten. Es muss seine Angriffe unmittelbar einstellen, um die Verstöße gegen Völkerrecht zu beenden. Konflikte sind im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen auf friedliche Weise zu lösen. Nur so ist der Frieden in Europa wiederherzustellen und eine weitere Konfliktausbreitung zu verhindern.

Behzad Borhani
BÜNDNIS 90 /
DIE GRÜNEN

Gerd Espanion
SPD

Stefan Becker
Freie Wähler